

90.658

Postulat Seiler Hanspeter
Luftreinhalte-Verordnung
und Feuerungsanlagen
Ordonnance sur la protection
de l'air et chauffage

Wortlaut des Postulates vom 22. Juni 1990

Der Bundesrat wird gebeten, die Luftreinhalte-Verordnung so zu revidieren, dass

1. die bei der obligatorischen Feuerungskontrolle entstehenden Kosten nicht zu wettbewerbsverzerrenden Auswirkungen zwischen Holz- und andern Feuerungsanlagen führen;
2. bei neuzeitlichen und mit moderner Technik ausgestatteten Holzfeuerungen anstelle der periodischen Prüfung eine umfassende Typenprüfung erfolgen kann, die den ganzen Betriebszyklus erfasst.

Texte du postulat du 22 juin 1990

Le Conseil fédéral est invité à revoir l'ordonnance sur la protection de l'air de telle façon que:

1. les coûts engendrés par les contrôles obligatoires des installations de chauffage ne donnent pas lieu à des inégalités de prix entre le chauffage au bois et les autres types de chauffage;
2. les installations modernes de chauffage au bois soient soumises à une expertise-type approfondie (au lieu d'examen périodiques) qui englobe tout le cycle de fonctionnement.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Basler, Blatter, Bürgi, Daepp, Hari, Luder, Nebiker, Neuenschwander, Rychen, Schnider, Schwab, Widrig, Wyss William, Zölch (14)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Nutzung der einheimischen und erneuerbaren Holzenergie ist nach wie vor ungenügend. Wenn auch der Anteil am Gesamtenergieverbrauch mit etwa bis 6 Prozent relativ gering ist, so verdient dieses brachliegende landeseigene Energiepotential doch eine vermehrte Förderung.

Im Vergleich zu Anlagen für fossile Brennstoffe erschweren momentan relativ hohe Anlagekosten, höhere Brennstoffpreise und unverhältnismässig hohe Prüfkosten (Oelfeuerungen etwa 50 Franken, Holzfeuerungen zwischen 800 bis 2000 Franken!) eine an sich wünschbare Energieholznutzung in den Regionen, in denen diese Energie sinnvoll eingesetzt werden kann.

Ein gut funktionierender Energieholzmarkt liegt auch im Interesse einer umfassenden Waldbewirtschaftung. Es ist zu berücksichtigen, dass Holz zudem eine sehr günstige Gesamtenergiebilanz aufweist.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 5. September 1990

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 5 septembre 1990

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

90.533

Postulat Haering Binder
Tempo-30-Zonen
in städtischen Verhältnissen
30 km/h en milieu urbain.
Délimitation des zones

Wortlaut des Postulates vom 7. Juni 1990

Der Bundesrat wird eingeladen, die Bestimmungen betreffend die maximale Grösse von Tempo-30-Zonen (Weisungen Zonensignalisation vom 4. April 1990) mit Blick auf die spezifischen Anforderungen in städtischen Verhältnissen zu revidieren.

Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Die in der Weisung vorgesehene, maximale Zonengrösse von 0,7 km² ist für städtische Verhältnisse unzureichend.
2. Diesem Problem kann mit der Einführung einer Ausnahmemöglichkeit für besondere räumliche Verhältnisse begegnet werden.
3. Gleichzeitig ist die Möglichkeit einer Signalisationswiederholung einzuräumen.

Texte du postulat du 7 juin 1990

Le Conseil fédéral est invité à revoir les dispositions fixant la superficie maximale des zones soumises à la limite de 30 km/h (instructions concernant la signalisation du trafic par zones) en considérant les exigences propres à celles qui sont situées en milieu urbain.

Dans cette optique, il convient de prendre en compte les points suivants:

1. la superficie maximale, fixée par l'instruction à 0,7 km², est insuffisante en milieu urbain;
2. la solution à ce problème serait d'introduire dans le texte de l'instruction une possibilité de dérogation s'appliquant aux zones urbaines particulièrement étendues;
3. il y aurait également lieu de prévoir la possibilité d'installer des signaux de rappel.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Ammann, Bäumlin Ursula, Béguelin, Bircher, Bodenmann, Borel, Braunschweig, Bundi, Hafner Ursula, Haller, Hubacher, Jeanprêtre, Lanz, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Matthey, Mauch Ursula, Meizoz, Ott, Rechsteiner, Reimann Fritz, Stappung, Ulrich, Vollmer, Zbinden Hans, Züger (28)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Urheberin verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 5. September 1990

Rapport écrit du Conseil fédéral du 5 septembre 1990

- 1./2. Eine mittels Zonensignalisation angezeigte örtliche Verkehrsregel (z. B. Tempo 30) wird nur beachtet, wenn die Zone für die Verkehrsteilnehmer überschaubar und als einheitliches Gebiet erkennbar ist. Die Zone darf daher nicht zu gross sein. Aufgrund ausländischer Erfahrungen, der Ueberprüfung schweizerischer Ortspläne sowie des Vernehmlassungsergebnisses hat das EJPD in den Weisungen über die Zonensignalisation vom 3. April 1989 die Zonengrösse wie folgt geregelt: Die Zone «soll im Normalfall die Grössenordnung von 0,4 km² nicht übersteigen und auch bei besonderen Verhältnissen nicht grösser als 0,7 km² sein. Bei einem grösseren Gebiet besteht die Gefahr, dass der Verkehrsteilnehmer sich der beim Zonenbeginn signalisierten Verkehrsanordnung(en) nicht mehr bewusst ist».

Diese flexible Regelung lässt den anwendenden Behörden einen gewissen Spielraum. Zur Illustration der Grössenordnung

sei darauf hingewiesen, dass beispielsweise die auf der Aare-Halbinsel gelegene Berner Altstadt zwischen Hauptbahnhof und Bärengraben insgesamt nur ein Gebiet von rund 0,55 km² umfasst.

Die erwähnten Weisungen werden erst seit sehr kurzer Zeit in der Praxis angewendet, und es bleibt daher abzuwarten, ob sie sich bewähren. Die in ausgewählten Wohnquartieren der Stadt Bern getroffenen Zonen-Massnahmen werden wissenschaftlich begleitet. Gestützt auf neue Erkenntnisse können die Weisungen später angepasst werden.

3. Die Wiederholung der Zonensignale innerhalb des davon erfassten Gebietes widerspräche der Grundidee, wonach das beim Zonenbeginn aufgestellte Signal für das ganze Gebiet gilt; dies wäre auch ein Widerspruch mit der internationalen Regelung. Eine Wiederholung der Zonensignale ist daher abzulehnen.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat beantragt, die Ziffern 1 und 2 des Postulats entgegenzunehmen, Ziffer 3 abzulehnen.

Le président: Le postulat est combattu par M. Scherrer. La discussion est renvoyée à une date ultérieure.

Verschohen – Renvoyé

90.585

Postulat Portmann

Bewilligungsverfahren für Bauten und Anlagen von regionaler und nationaler Bedeutung

Constructions et installations d'importance régionale ou nationale. Procédure d'autorisation

Wortlaut des Postulates vom 20. Juni 1990

Der Bundesrat wird eingeladen, unverzüglich abzuklären und vorzuschlagen, wie Bauten und Anlagen von regionaler und nationaler Bedeutung künftig durch ein koordiniertes, inhaltlich gebündeltes, zeitlich gerafftes und finanziell verbilligtes Gesamt-Verfahren durch eine erste Bewilligungsbehörde mit ungeschmälerter Ueberprüfungsbefugnis (hinsichtlich der Uebereinstimmung mit den Erfordernissen des Bau- und Raumplanungsrechts, des Umwelt- und Gewässerschutzrechts, des Wald- und Forstrechts, des Natur- und Heimatschutzrechts, des Enteignungsrechts usw.) beurteilt werden können. Dabei sei – der föderalistischen Struktur unseres Staatswesens entsprechend – die eine erste Instanz auf der Kantons-Ebene vorzusehen.

Ferner seien Beschwerdebefugnis und Rechtsmittelweg diesem koordinierten Verfahren anzupassen und zu vereinheitlichen, damit Doppelspurigkeiten und Wiederholungen entfallen.

Texte du postulat du 20 juin 1990

Le Conseil fédéral est invité à étudier sans retard les possibilités de soumettre les demandes relatives à des constructions et installations d'importance régionale et nationale à une autorité unique, seule compétente pour délivrer l'autorisation (et pour contrôler la conformité aux dispositions légales relatives à la construction, à l'aménagement du territoire, à la protection de l'environnement, des eaux, des forêts et du paysage, à l'expropriation, etc.) dans le but de simplifier la procédure, de la coordonner, de l'accélérer et d'en réduire le coût. Cette autorité unique de première instance doit être cantonale afin de respecter la structure fédéraliste de notre Etat.

Enfin, il conviendra d'adapter les voies de recours à cette nouvelle procédure coordonnée pour supprimer les chevauchements et les répétitions.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Allenspach, Blocher, Feigenwinter, Fischer-Sursee, Früh, Iten, Oehler, Reich, Wyss Paul (9)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Bau notwendiger, öffentlicher und privater Werke von regionaler und nationaler Bedeutung darf – auch angesichts unserer internationalen Verpflichtungen – nicht wegen mangelnder Koordination im öffentlichen Recht verschleppt werden.

In einer Zeit, in der die Wirtschaft ihre Güter durch Computer Integrated Manufacturing umweltfreundlicher, rascher und billiger zu erzeugen hat, mutet der Staat dem Gesuchsteller für den Bau eines gesellschaftlich bedeutenden Werkes einen Formalaufwand zu, der inhaltlich, zeitlich und finanziell ins Unvertretbare wuchert, weil die heutigen verstreuten öffentlich-rechtlichen Vorschriften die Beteiligten bisweilen in einen kaum mehr durchblickbaren kafkaesken Bürokratie-Dschungel führen.

Die Unkoordiniertheit, Ueberlänge und die teilweise Doppelspurigkeit des heutigen Bewilligungsverfahrens belastet auch unnötig unsere Behörden und lässt gar Unmut bei den Beteiligten über unsere Staatsstruktur aufkommen. Das Bundesgericht sah sich daher im Entscheid 150/1989 vom 14. März 1990 (Erben Ernst Balmer und Mitbeteiligte gegen Jakob Grimm und Politische Gemeinden Egg und Oetwil am See sowie Regierungsrat des Kantons Zürich) veranlasst, den Gesetzgeber darauf aufmerksam zu machen, dass eine wirksame, materielle und verfahrensmässige Koordination aus verfassungsrechtlichen Gründen unabdingbar sei.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 17. September 1990

Déclaration écrite du Conseil fédéral

du 17 septembre 1990

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

90.656

Postulat Nabholz

Schaffung einer eidgenössischen Kommission für Fürsorgefragen im Asylbereich Création d'une Commission fédérale chargée des questions d'assistance dans le domaine de l'asile

Wortlaut des Postulates vom 22. Juni 1990

Der Bundesrat wird gebeten, eine eidgenössische Kommission für Fürsorgefragen im Asylbereich zu schaffen, in welcher u. a. kantonale oder regionale Vertreter von Fürsorgestellen und Hilfswerken vertreten sein sollen, um den Informationsfluss und die Koordination zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden und privaten Stellen bezüglich Fürsorgeaufgaben besser zu gewährleisten.

Texte de la motion du 22 juin 1990

Le Conseil fédéral est prié de créer une commission fédérale d'assistance en matière d'asile dont feraient surtout partie des représentants cantonaux ou régionaux de services sociaux et d'oeuvres d'entraide; cette mesure permettrait en effet d'amé-

Postulat Haering Binder Tempo-30-Zonen in städtischen Verhältnissen

Postulat Haering 30 km/h en milieu urbain. Délimitation des zones

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.533
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.10.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1916-1917
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 062

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.